

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

4 (4.1.1920) Erstes Blatt



Bezugspreis:  
in Karlsruhe frei ins Haus  
geliefert monatlich 2.40 M.,  
vierteljährlich 7.20 M., an  
den Ausgabestellen abgeholt  
monatlich 2.30 M.  
Auswärts im Vorhinaus  
abgeholt monatlich 2.50 M.,  
vierteljährlich 7.50 M., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
2.65 M., vierteljährlich 7.95 M.

Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Mitterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:  
Die Tages-Anzeigerstelle  
oder deren Raum 50 Pl.,  
auswärts 55 Pl., Melde-  
stelle 2 Pl., an einer Stelle  
2.50 M.  
Abend nach Tarif.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags.  
Kleinere Anzeigen bis  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechamtliche:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Verlag Nr. 207,  
Schriftleitung Nr. 20 n. 948

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich: Gustav Nepper; verantwortlich für Politik: Martin Dörmann; für Baden, Völkerei und Volkswirtschaft: Detrich Gerhardt; für Kunst: Carl Dellemer; für Literatur: Paul Rasmann. Druck und Verlag: C. H. Müller'sche Buchhandlung in Karlsruhe. — Vertretung: Dr. Kurt Gerlich, Friedenau, Kreisstraße 65/66, Telephon-Nr. 1502. Für unvollständige Mannschaften oder Druckfehler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abdruckung erlaubt, wenn vorher benachrichtigt ist.

117. Jahrg. Nr. 4.

Samstag, den 4. Januar 1920

Erstes Blatt.

## Homerule.

Am 8. April 1886 sprach William Gladstone, Großbritanniens Ministerpräsident, im Unterhaus über die „Government of Ireland Bill“, die seine Regierung dem Parlament vorgelegt hatte. „Ich verlange“, sagte er, „daß wir auch auf Irland die glücklichen Erfahrungen anwenden, die wir in England und Schottland gemacht haben, wo wir im Laufe der Generationen gelernt haben, daß wir auf keiner besseren und sicherer Grundlage bauen können, als auf der Zuneigung, den Überzeugungen und dem Willen der Nation; nur so können wir durch des Allmächtigen Fügung zugleich den sozialen Frieden, den Reichtum, die Macht, die Dauer des Reiches sichern.“

Die erste Homerule-Vorlage, die der große Führer der englischen Liberalen mit diesen Worten verfocht, ist nie Gesetz geworden; ebenso wenig Gladstones zweite Homerule-Bill von 1892 und die vielmals umgearbeitete Vorlage von 1912. Dreimal seit der Union Irlands mit England haben englische Regierungen ernstlich den Versuch gemacht, Irland die verlorene Selbstverwaltung wiederzugeben; dreimal scheiterte er im letzten Augenblick: letzten Endes immer an dem Widerstand der Ulster-Lente und an dem halb nationalen, halb konfessionellen Widerwillen des durchschichtlichen Engländers gegen den Plan, eine starke Minorität anglo-irischer Protestanten einer irischen Autonomie zu überliefern, deren Träger eine katholische und katholische Parlamentsmehrheit wäre.

Dreimal schon ist ein solcher Plan mißlungen, obwohl der innere Frieden des britischen Reiches von seiner Verwirklichung abzuhängen scheint. Nun geht zum vierten Male eine britische Regierung daran, Gladstones altes Homerule-Programm zu verwirklichen. Lloyd George hat im Unterhaus erklärt, daß Kabinett wolle Irland die Selbstverwaltung im weitesten Umfang gewähren. Nur das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, die auswärtigen Angelegenheiten, Meer und Marine, der Handelsverkehr außerhalb Irlands, die Seefahrt, das Münzwesen und die oberste Gerichtsbarkeit sollen dem Reichsparlament vorbehalten sein. Soweit man nach den spätklassischen Nachrichten urteilen kann, die bisher vorliegen, ähnelt dieses neue Homeruleprojekt in den meisten Punkten den vorhergehenden. Die drei ersten Entwürfe haben zahlreiche Klauseln zum Schutze der religiösen und nationalen Minoritäten und zur Wahrung der äußeren Reichseinheit sowie der Kronrechte enthalten. Diese Vorbehalte waren in der von 1886 und in der von 1912 noch stärker als in den beiden vorhergehenden, da sich seitdem das Mistrauen und die Erregung der Ulsterprotestanten noch erheblich vergrößert hat. Auch der neueste Homerule-Entwurf verpflichtet den englischen protestantischen Siedlern in Irland starke Garantien, sogar eine Art Separatautonomie und ein eigenes Ulsterparlament. Dennoch kann man zweifeln, ob es dem Kabinett Lloyd George so leicht gelingen wird, die grundsätzliche und fanatische Ablehnung der Ulster-Lente gegen die Autonomie der Grünen Insel zu bewältigen.

Lloyd George sieht sich wie Gladstone und Balfour veranlaßt, den revolutionären Erömungen in Irland, die immer gefährlicher werden, durch Konzessionen entgegenzutreten; aber es ist ihm keinesfalls klar, daß er, entgegen der Scilla des Sinnfeinertums, sich bedenklich den Orangemännern nähern muß. Er kann nicht vergessen haben, daß im Jahre 1914 eine bewaffnete Ulsterarmee die Einführung der Autonomie mit Gewalt zu verhindern bereit war, und daß nur der Ausbruch des europäischen Krieges einen blutigen Bürgerkrieg in Irland verhindert hat. Heute sind die Dinge kaum minder unübersichtlich. Die irische Bewegung ist immer radikaler geworden. Im ganzen Land hat die zu parlamentarischer Mitarbeit und zu Kompromissen geneigte alte Nationalistenpartei völlig das Vertrauen des Volkes verloren. Die unversöhnlichen Irredentisten und republikanischen Sinnfeiner drohen mit Mord und Todschlag; ihnen genügt eine bloße Autonomie längst nicht mehr, und sie berufen sich laut auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Großbritannien Vertreter in Paris proklamiert haben. Auf der anderen Seite sind die Konservativen von Ulster, die sich im Kriege um die englische Sache sehr verdient gemacht haben, jetzt weniger als je geneigt, sich von den Sinnfeinern Sir Roger Casements regieren zu lassen, und es ist kein Zweifel, daß auch diesmal viele Kreise des englischen Volkes mit ihren Glaubens- und Stammesgenossen von Ulster sympathisieren werden. Lloyd George versucht nun, die Bedenken der Ulsterleute auf eine recht originelle Weise zu umgehen. Irland soll eine autonome Regierung bekommen, die Gesetzgebung aber soll nicht nur ein selbständiges Landesparlament ausüben, sondern gleich zwei. Ob das Parlament von Ulster nur eine Art Vorrecht besitzen oder ob der nördliche Landesteil vollständig vom irischen Süden unabhängig sein soll, ist aus den bisherigen Meldungen nicht zu ersehen. Ob aber dieser ganze komplizierte Kompromißversuch beide Teile befriedigen wird, muß

doch dahingestellt bleiben. Je revolutionärer die Iren werden, desto stärker werden die Bedenken vieler Engländer gegen die irische Autonomiebestrebungen. Noch jede Regierung, die

bisher eine Homerule-Vorlage einbrachte, ist entweder von ihren eigenen Anhängern verlassen oder durch ein zentralistisches und autoritäres Oberhaus gekürzt worden. Es ist vorläufig noch

## Deutschland und Amerika.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

In Berlin ist soeben die Quänterkommission eingetroffen, die, wenn auch nicht ganz offiziell, so doch im Auftrag der amerikanischen Regierung eine großzügige amerikanische Hilfsaktion für die notleidenden deutschen Kinder organisieren soll. Auch sonst treffen täglich zahlreiche Ausländer in Deutschland ein, und man darf hoffen, daß allmählich die internationalen Beziehungen gerade auch von Person zu Person wieder in Fluß kommen.

Von großem Werte ist hier schon, daß die fremden Gäste sich aus eigenem Ansehen und durch eigene Unterhaltung ein Bild von unseren Zuständen und Ansichten machen können, das sie selbstverständlich ihren Landsleuten zu Hause nicht vorenthalten werden. Zu wünschen ist aber, daß alle die deutschen Stellen und Persönlichkeiten, mit denen die Ausländer jetzt vorzugsweise zusammen kommen, auch alles tun, um ihnen ein richtiges Bild zu liefern. Leider soll es aber geschehen, daß a. B. Geschäftsleute aus Freude über irgend einen privaten günstigen Abschluß ihre fremden Besucher mit Vorliebe an Plätze und Stätten noch immer ausgezehretter Bewirtung und Vergnügung führen, die zu der viel beklagten Lebensmittelnot in Deutschland allerdings in beträchtlichem Gegensatz stehen. Nach den fürchterlichen Schicksalsfällen, die uns betroffen, wäre es aber eine vollständig falsche Scham, die vielen Wunden unseres Volkes und Wirtschaftskörpers verheimlichen zu wollen und uns persönlicher Selbstgefälligkeit durch Betonen von Wohlhabenheit und alle in den Ruf der Heuchelei zu bringen. Gerade amerikanische Besucher haben in Berlin über die oft zu glänzende Art der Aufnahme schon die Köpfe geschüttelt.

Etwas ganz anderes und durchaus Verdienstvolles ist es dagegen, den Ausländern die Lebensbedingungen beizubringen, daß Deutschland sich auf dem Wege der innerpolitischen und wirtschaftlichen Konsolidierung befindet und daher ebenso in steigendem Maße kreditwürdig wird, wie es durch seine tatsächliche augenblickliche Notlage die Hilfe der bestgeeignetsten Kulturvölker verdient. Die Worte Roosevelt, daß wir seiner Meinung nach heute schon aus der eigentlichen revolutionären Gefahrzone heraus seien, hat a. B. im Auslande einen guten Eindruck gemacht. Für die nächste Zeit wird besonders viel davon abhängen, daß die privaten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in möglichst großem Umfang wieder hergestellt werden, einmal um das Wirtschaftsleben direkt zu befruchten und dann um indirekt auf die amerikanische Politik und gegenüber einzurücken. Die offizielle und halboffizielle amerikanische Finanzpolitik wird nämlich zweifellos heute noch durch die Tatsache stark beeinflusst, daß die alliierten Staaten, also vor allem Frankreich und England, selbst sehr hilfsbedürftig sind und in Washington und New York als wertvollste Schuldner am meisten Berücksichtigung finden. Von Amerikanern, die kürzlich in London und Paris gewesen waren, wurde mir mehrmals gesagt, daß man in Deutschland die dortigen Notizen viel zu gering einschätze. Wohnungsnot und Kohlennot a. B. sind in London und Paris nicht minder groß als in Berlin und die Gefahren der Londoner Armenviertel Ostend und White Chapel sollen so grauig geworden sein, daß alle Schilderungen darüber absichtlich unterdrückt werden.

Es ist schon ein wenn auch nicht sehr schöner Trost für uns, daß wir in dem schweren Kampf um den Wiederaufbau einer besseren Zukunft überall Lebensgefährten haben, so müssen uns die Äußerungen vieler neutraler und früher feindlicher Blätter und Persönlichkeiten direkt zu freudiger Tapferkeit anspornen, die ihre feste Zuversicht in einen baldigen Wiederaufstieg Deutschlands ausdrücken. Solche Stimmen kommen besonders aus Italien und Südamerika, und ein italienischer Kollege erklärte mir, daß nach vielfacher Auffassung seiner Landsleute die allernächste Zeit für Deutschland noch sehr schwierig sein werde, weil das Baltikum mit dem Tiefstand der gesamten Weltwirtschaft zusammenzufallen, daß aber, sobald erst die deutsche Mark wieder erkennbar und festig nach oben gehe, Deutschland überraschend schnell sich erholen und dabei die Unterstützung und Gespätigkeit aller dieser Länder werde, die schon jetzt durch die Ausbeutung des Verfallenen Gewaltfriedens für einseitig französische und englische Interessen schwer enttäuscht sind. Alles in allem darf also wohl gesagt werden, daß der Wiederaufstieg des persönlichen Weltverkehrs bereits eine Auffklärung bringt, die keinem mehr nützen kann als Deutschland und die uns zur zahllosen Arbeitsfreude Mut machen muß.

Das Reichswirtschaftsministerium erwartet von der amerikanischen Hilfsaktion eine Wiedervergütung durch die versprochenen amerikanischen Milchlieferungen. Es soll ein Verteilungsplan ausgearbeitet werden, nach dem die amerikanischen Lebensmittel den besonders in Betracht kommenden Gemeinden zugeführt werden. Ein Mitglied der Quänterkommission warnte dagegen vor allzu großem Optimismus, indem es betonte, daß die großen Summen, die in Amerika für Hilfsaktionen aufgebracht worden seien, bereits für Frankreich und andere Länder zum großen Teil verausgabt worden seien, so daß jetzt erst noch Mittel für Deutschland beschafft werden müßten.

## Keine amerikanische Anleihen an europäische Staaten.

(Eigener Drahtbericht.)  
Sana, 3. Jan. „Nieme Courant“ meldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keine Anleihen an europäische Staaten geben werde, es wäre denn an Oesterreich und andere Länder, in denen Sunacrisis herrscht.

## Vor dem Frieden.

Günstiger Verlauf der Verhandlungen?  
(Eigener Drahtbericht.)  
S. Berlin, 3. Jan. Wie man an unterrichteter Stelle hört, nehmen die Verhandlungen des deutschen Unterhändlers v. Simion in Paris einen günstigen Verlauf. Man rechnet, daß sie noch bis Mitte Januar dauern werden. Bisher wurden besonders die Vermittlungsmaßnahmen in den Balmunassabereichen beraten, wobei die deutschen Delegierten verschiedene Änderungen auszusprechen Deutschland ersuchen konnten.

## Die Befehle des obersten Befehlshabers.

(Eigener Drahtbericht.)  
Breslau, 3. Jan. (Wolff.) Für die Befehle des obersten Befehlshabers sind an Entente-Truppen vorzulesen: 1. Divisionsstab, 16 Bataillone, 1 Regiment Kavallerie, 2 Artillerie-Abteilungen, zusammen 21 000 Mann. Die Nationalität der Truppen steht noch nicht fest.

## Die Scapa-Flow-Lente.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 3. Jan. (Wolff.) Nach Mitteilung der schwedischen Regierung haben die Restbestände an Ort und Stelle ersehen, daß die in der Presse der Alliierten verbreiteten Nachrichten über eine angebliche Mutter- und Verbannung von Scapa-Flow-Lente unzutreffend sind. Der Scapa-Flow-Moratorium folgender: Die Mannschaft richtete Ende November das dringende Ersuchen an den Kommandanten, ihr Ausbruch zu erlauben, wenn der Abtransport beinahe werde. Sie erhielten keine Auskunft. Darauf erfolgte eine teilweise Arbeitsniederlegung. Als die Verhandlungen abhand darüber eröffnet wurden, daß ihre Ausrückung nicht die Schuld des Kommandanten sei, daß dieser vielmehr wegen des Zeitverlustes ihrer Freilassung mehrmals in London angetraut habe, wurde die Arbeit nach 30 Stunden wieder aufgenommen. Während der Arbeitsverweigerung sind die amerikanischen Verbotsmaßnahmen ausgearbeitet worden. Nur die Arbeitsstationen sind in Fortfall gekommen.

Auf die sonntagen, der britischen Regierung übermittelten Beschwerden wegen der Behandlung der Besatzung steht die Antwort noch aus.

## Sehr ernste Lage in Bulgarien.

Bern, 3. Jan. Wie die Genfer „Tribüne“ aus Sofia über Belgrad berichtet, ist die Lage in Bulgarien sehr ernst. Die Regierung wird wahrscheinlich den Kriegszustand über das ganze Land verhängen. In einer Massenversammlung der kommunistischen Partei wurde von einem bulgarischen Offizier eine Bombe geworfen, die fünf Personen tötete. Der bulgarische Generalstab General Keratoff hat demissioniert. Er wird durch den Oberst Rajuloff ersetzt werden.

## Wahlberechtigungen in England.

(Eigener Drahtbericht.)  
Sana, 3. Jan. (Wolff.) Aus London wird gemeldet: Bei der Eröffnung in Bromley erhielt der Koalitionskandidat James 11 148 Stimmen, der Kandidat der Arbeiterpartei Sodas 10 077 Stimmen. Die Wahl zeigt einen lebhaften Rückgang der Stimmen der Koalitionspartei, deren Mehrheit bei der allgemeinen Wahl 11 420 betrug. Zum erstenmal stellte die Arbeiterpartei in Bromley einen eigenen Kandidaten auf. Die Tatsache, daß dieser Kandidat sofort mehr als 10 000 Stimmen erhielt, wird von der ganzen Presse als überraschend und höchst bemerkenswert bezeichnet.

London, 3. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Eröffnung in Epen Valley erhielten der Kandidat der Arbeiterpartei, Roberts, 11 962, der Kandidat der Liberalen, Simon, 10 244, und der Koalitionskandidat, Fairfax, 8134 Stimmen.

nicht abzusehen, wie es diesmal anders werden wird, wie sich Lloyd George aus dem alten irischen Dilemma herauswinden wird. Da aber von der Lösung dieser Frage wirklich die Zukunft des britischen Reiches abhängt, wie Gladstone erkannt hat, ist nicht nur England, sondern ganz Europa an ihr interessiert.

## Demokratie als nationale Pflicht.

Von Oswald Niebuhr (Charlottenburg).

Am 2. Tag vor Weihnachten fuhr ich in einem überfüllten Abteil der Reichsbahnfahrt an. Ein schon äußerlich sehr „deutsch-national“ aussehender Herr wanderte sich unterwegs noch hinein, um dann aber feinerereds jedem anderen Einlaßverwehrenden an den Austritt zu verweisen in dem annehmlichen Menschlein, daß er ja mitkomme — mochten die da drinnen doch sehen, wie es ihnen aelana. Und dieser edle Reitanosse — man findet feineselchen ja heute überall — hub dann sofort an, vor den Mitreisenden über diese unzulässigen Zustände zu schimpfen, und das A und O seiner Schimpfepistel war immer wieder: „Das ist die herrliche Demokratie“. Als seine freiwillige oder unfreiwillige Plaudererrede sein Ende nehmen wollte, machte ich ihn mit der einen Frage mundtot: „Wie kann man urteilen über Dinae, die man gar nicht kennt?“

In der Tat, ganz abgesehen von der einfachen Tatsache, daß in diesem konkreten Falle die Verkehrsschwierigkeiten ausschließlich eine Folge des Krieges und der falschen Eisenbahnpolitik aus der Zeit vor dem Kriege sind, also mit Demokratie nicht das mindeste zu tun haben, darf doch niemand übersehen, daß sie auf der anderen Seite nur ein einziges Symptom unseres unermesslichen Elends als der Folge des verlorenen Krieges sind. Diese unzulässige Not gemeinsam zu tragen, ist nationale Pflicht, und die Erfüllung dieser Pflicht ist einer der demokratischen Grundgedanken. Denn warum kommt es heute zuerst an? Auf Wortrednern — auf überlebensfähigen Programmen — auf doktrinarer Rechtslehre — oder gar auf künstlicher Ueberheblichkeit? Nein, wer in alle Schichten unseres Volkes hineinblickt, der kommt mehr und mehr zu dem Bewußtsein, daß allzu weite Kreise in allen Volksschichten von der Lebensdramatik des Volkstums, die uns allen gemeinsam ist, nichts wissen wollen, teils nichts wissen wollen. Aber der menschliche Wille oder die individuelle Unwissenheit kann an der einen allgemalsten Tatsache ein einmal nichts ändern: jede Entente, jede Steuerbesatz, jede Reichsregierung ist ein neuer Bewußtsein an dem Monument nationalen Elends und nationaler Erniedrigung, das auf Jahrzehnte hinaus das Wahrsprechen deutscher Politik sein wird.

Wer an solcher Not kein Parteiübellein locht, indem er auf die Neuemlichkeit und den Mangel an Oberwilligkeit inständig hinweist, der verbringt sich auf idemeste am ganzen Volke, der handelt anti-national. Nicht minder hindurch ist es, auch eine bessere Heberzeugung als lediglich ein vornehmlicher Augenblickserfolg wollen dem gedanklichen Bürger weismachen zu wollen, als könnte eine Wende der Staatsform oder gar nur der Machtverhältnisse die Aufgabe der ungeschicklichen Politik bewältigen. Das führt ja zu Gebahrenlosigkeiten und Entwertung und macht dann letzten Endes aus dem verlorenen Krieg ein verlorenes Volk, das den Pfad für das Neue einschneidet und sich damit der Möglichkeit zur Selbstrettung beraubt haben dürfte. Wenn das deutsche Volk jetzt noch mit Illusionen behaftet wird, dann wird es nach dem hierauf noch weit schmerzlicher folgenden Genaden keine Kraft mehr besitzen. Die erste Katastrophe hat uns in einen dumpfen Narund gestürzt, aber wir leben noch — die zweite Katastrophe würde uns töten.

Wir deutsche Demokraten glauben heute noch an die deutsche Kraft, wir fühlen sie in uns selbst. Schon in dem ethischen Willen, die gemeinsame Not unseres Volkes gemeinsam zu tragen, liegt ein auf Teil Stärke. Wer hingegen heulauter mit dem Scheinbar so annehmlichen Plauderereien der Steuerablehnung drücken verdirbt und damit eine anti-nationale Wahlstands-politik, nicht aber eine vaterländische Volkspolitik treibt, der verdirbt damit nichts als Schwäche. Ueber die Steuerentlastung im einzelnen mag zu streiten sein, aber der Steuerbedarf an sich ist ein Zeichen unserer Not. Ihm gerecht werden, heißt die Not lindern. Die Steuerentlastung hingegen vergrößert die Not bis zum Staatsbankrott. Aber Bankrotterente sind wir ja wohl amöcht ordentlich? Daß die nationale Schuldenlast infolge einer verfehlten Anleihepolitik so hoch geworden ist, dafür können schließlich nicht wir Demokraten verantwortlich gemacht werden. Aber unter den Steuerentlastungen von heute erblicken wir so manchen der uns in diese Steuerentlastungen hat hineinzuweisen helfen und nun um so aellender sein „Sollet den Dieb!“ erlösen läßt. Welch freudvolles Spiel mit dem Schicksal eines schon so unglücklichen Volkes!

Daß es solche Volksschichten gibt, erwidert unsere Lage über alle Maßen. Und doch, wir glauben an die Kraft unseres Volkes, sein Schicksal tragen zu können. Es muß nur diese Last echt demokratisch auf alle Schultern verteilt werden und es muß ebenbürtig bei allen in der gleich starke Wille zum Mittragen vorhanden sein. Sind wir erst soweit, daß unser Volk in allen seinen Teilen unbekümmert alle Not und alle Gefahren klar zu erkennen wagt, daß es seine wahre Lene mutig überblickt, dann folgt der nicht mehr ganz so schwere Schritt, der dem Lebensmut und Lebenswillen unseres in Grunde doch lebensmüden und lebensbedürftigen Volkes einfringt: der gemeinsame Wille zum Wiederaufbau. Das ist ein schwerer Weg, der da vor uns liegt. Aber wir schaffen es, wenn wir uns alle bei den Händen fassen und in gemeinsamer Kraft uns vorwärtsdrängen. Hier im Innern wollen wir uns den Weg leichter achhalten durch Recht und durch Freiheit und nach außen treten an die Stelle schamgeheiler Rechtfertigung das Bild freudiger Einigkeit, Gerechtigkeit und Recht und Freiheit, das ist der Wille deutscher Demokratie, das ist des deutschen Volkes Lene, ist nationale Pflicht.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten und Pyramide.



Audiat et altera pars.

Vom Reichsratsrat Krieger, Karlsruhe.

Die Ausführungen von Betriebsinspektor Kraus in Billman (Nr. 318 des „Karlsruher Tagblatts“), „Betrachtungen über einige Verwaltungsverhältnisse der Eisenbahnbetriebsämter in Deutschland“, dürfen nicht unüberprüft bleiben, einmal weil sie geeignet sind, in die Kreise des Handels und der Industrie Verunsicherung zu schießen und dann auch um vorzutragen, daß die preussischen Techniker der Meinung sind, daß die Anschauungen des Verfassers über die Fähigkeit der Techniker für die Betriebsführung der Eisenbahnen auch von ihren süddeutschen Kollegen geteilt werden.

Die Ausführungen ähneln in der Behauptung, daß die in Rheinland und Westfalen im Jahre 1912 und in den Kriegsjahren 1916—1918 aufgetretenen Störungen im Eisenbahnbetrieb nicht, wie breukischerseits geltend gemacht wurde, auf Überbeanspruchung, sondern auf die Ungeeignetheit der Techniker für die Betriebsführung zurückzuführen seien, weil diese den Betriebsstörungen nicht wie der süddeutsche Betriebsmann durch zweckmäßigere Ausnutzung der Betriebsmittel und Anlaß zu beinahe ungenutzten, sondern ein wirksames Mittel zunächst in der Abstellung des Verkehrs, dann aber im Neubau von Anlagen und Neubestimmung von Betriebsmitteln erblickten und daß die im Laufe des Jahres 1919 bei den preussischen Bahnen aufgetretenen Störungen und Ausschreitungen letzten Endes ihre Ursache in dem jahrelangen Spiel der Techniker mit Verkehrsverengungsmaßnahmen hätten.

Nach will auf die Ursachen der Betriebsstörungen nicht näher eingehen, weil mir zur einwandfreien Beurteilung ideale Unterlagen über die zur Zeit der Störungen herrschenden Verhältnisse fehlen und ich mich deshalb auf die äußeren Verhältnisse beschränke, in denen vielfach die schicksalhaften Ansichten der dem einzelnen Eisenbahnbetrieb mehr oder weniger fernstehenden Verleger zur Geltung gelangen, abzuwehren. Ich will nur darauf hinweisen, daß Verhältnisse, wie sie Betriebsinspektor Kraus zwischen den Ursachen der Betriebsstörungen in Rheinland und Westfalen und Süddeutschland anstellt, nur dann einwandfrei darstellbar sein können, wenn sie auf annähernd gleichen Grundlagen aufgebaut sind. Diese gleichen Grundlagen sind meines Erachtens nicht vorhanden, da nämlich wie Art des Verkehrs im Ruhrgebiet als dem Bereich von Rheinland und Westfalen von dem in den zum Bereich der Rheinischen Eisenbahnen Baden und Württemberg wesentlich verschieden sind. Bei derartigen Verhältnissen ist die Beurteilung der Ursachen der Betriebsstörungen für das Ruhrgebiet und das badische Unterland den gleichen Maßstab anzulegen; denn ich weise nur darauf hin, daß A. B. im dritten Vierteljahr 1917 im Gebiet der Direktion Essen die Zahl der f. a. l. i. d. im Mittel gestiegen ist und abgedeckt waren 33 000 (550 bis 600 Vollaue), die im gleichen Zeitraum täglich in ganz Baden abgestellten Wagen der beiden Gattungen betragen nur 5100 (80 bis 100 Vollaue) betragen, d. h. auf einem Gebiet, dessen Flächeninhalt vielleicht ein Fünftel des Flächeninhalts von Baden beträgt, mußten täglich 33 000 Wagen an die Ladestellen herangeführt, bereitgestellt, abgezogen und in den Manierbahnhöfen an Rhein aufzunehmen bereit sein. Auf diesem auf einem verhältnismäßig engen Raum aufzunehmende Güterverkehr kommt im Ruhrgebiet noch infolge der dichten Bevölkerung ein außerordentlich starker, in Deutschland vielleicht einigemale bestehender Arbeiter- und sonstiger Berufsverkehr, sowie obendrein noch der außerordentlich dichten Verkehrsbeziehungen zwischen Norddeutschland und den Rheinländern, der im Verein mit dem Umlaufverkehr von und nach den Fronten an und für sich schon gewaltige Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der durchgehenden Linien des Ruhrgebietes stellt. Daß bei einem derartigen gewaltigen Verkehr selbst bei einer, auch den höchsten Anforderungen gerecht werdenden Betriebsleistung Störungen entstehen können, bedarf für den Fachmann wohl keines besonderen Beweises.

Die Ursachen der Betriebsstörungen im Ruhrgebiet wie in Süddeutschland sind während des Krieges, wie Herr Kraus ganz richtig anahit, auf das Verhalten der Manierbahnhöfe zurückzuführen. Dieses Verhalten der Manierbahnhöfe ist die Ursache der Unzufriedenheit der Techniker für die Betriebsleistung anzuführen, ist meines Erachtens nicht angeht, denn die Techniker rechnen als Betriebsamtsvorstände und Exekutanten bei den Eisenbahndirektionen in den Betrieb der Manierbahnhöfe nicht unmittelbar, ihr Einfluß auf diesen Betrieb kann sich zunächst nur bei der Aufstellung der Betriebsvorschriften und in der Arbeitsplanung der einmündigen Strecken geltend machen. Den Betrieb der Manierbahnhöfe als solchen leiten die Bahnhofsvorstände mit Unterstützung der Bahndienstbeamten, während die Techniker in den einzelnen Betrieb der Bahnhöfe erst einwirken, wenn nach der Betriebslage Unregelmäßigkeiten zu befürchten sind oder auftreten, die zulässigen Dienststellen mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihrer nicht mehr Herr werden und die Wirksamkeit in den nachbarlichen Verkehrsbezirken bemerkbar machen.

Daß bei derartigen Betriebsstörungen eine zweckmäßige Regelung des Wagnislaufs eine sehr wichtige Rolle für die möglichst rasche Beseitigung der Störungen spielt, ist richtig; aber es ist ja eine alte Klage der preussischen Betriebsleute, daß die Regelmäßigkeit dem Wagnislauf in der Hauptstadt entgegensteht, und es ist auch in der Hauptstadt auf diesen Widerspruch wiederholt hingewiesen und für die Betriebsführung mindestens die Mitwirkung bei der Wagnislaufplanung für die Beurteilung der Belastung der Manierbahnhöfe eines Verkehrsbezirks erforderlich worden.

Daß ferner die richtige Ausnutzung der Manierbahnhöfe einer der wichtigsten Faktoren für die Leistungssteigerung der Eisenbahnen ist und daß von zwei Bahnhöfen von gleicher Größe jener wirtschaftlicher und besser arbeitet, der täglich 6000 Wagen abnimmt und 4000 des anderen verarbeitet, bedarf keines weiteren Beweises. Herr Kraus überläßt aber, daß der größere Erfolg eines Bahnhofs nicht auf der Zweckmäßigkeit der Ausgestaltung der Anlagen und der Fähigkeit der Betriebsleute allein, sondern in überwiegendem Maße auch auf der Fähigkeit der örtlichen Betriebsführung beruht. Und gerade hierin liegt der Kern der Sache. Die Ursache der Störungen liegt nicht in der Unfähigkeit der Manierbahnhöfe gegenüber der der norddeutschen, in Baden und Württemberg wird der Bahndienst auf den größeren Stationen beinahe ausschließlich von mittleren Beamten wahrgenommen, die neben einer guten Mittelschulbildung eine gründliche Fachausbildung genossen haben und deren Intelligenz an einer sachgemäßen Betriebsführung nicht am Einfachsten Mangel leidet. Bei der preussischen Bahn liegen diese Verhältnisse etwas anders; hier sind die Bahndienstbeamten in der überwiegenden

den Mehrzahl aus dem Bereiche hervorgegangen; sie werden im Allgemeinen nicht in gleicher Weise wie der auf höherer Bildungsstufe stehende süddeutsche Bahndienstbeamte den bei Unregelmäßigkeiten an ihre Umsicht und Entscheidungsfähigkeit herantretenden höheren Anforderungen gerecht werden können und leichter berufen. Die Leistungen der breukischen Bahndienstbeamten möchte ich aber im Allgemeinen trotzdem nicht gering einschätzen. Man kann wohl annehmen, daß Herr Kraus diese Verhältnisse auch bekannt waren; daß er sie im Kreise seiner Betrachtungen nicht berücksichtigt und bei der Beurteilung der einzelnen Verhältnisse entsprechend abgewägt hat, mag seinen Grund wohl darin haben, daß sie zu einem etwas anderen Ergebnis seiner Betrachtungen hätten führen müssen.

Geradezu befremdend muß das Urteil des Herrn Kraus über die Stellung des preussischen Technikers zur Aufgabe der Eisenbahnen, der in diesen nicht wie der süddeutsche Betriebsmann lediglich ein Mittel zur Bedienung des Verkehrs und Seiner der Volkswirtschaft, sondern ein solches zur Realisierung des Verkehrs läßt, der sich notumwendig dementsprechend in den Schranken zu bewegen und zu entwickeln habe, die ihm der Techniker ziehe. Aus dieser Anschauung heraus läßt der Techniker in der Abstellung des Verkehrs ein wirksames Mittel gegen Verkehrsstörungen infolge Überbeanspruchung, das er solange durchzuführen habe, bis die Leistungsfähigkeit der Anlagen durch Neubauten abgebaut sei, während der volkswirtschaftlich ausbildende süddeutsche Betriebsmann wie der Kaufmann in geschäftlicher Hinsicht der zur Verfügung stehenden Anlagen und Betriebsmittel ein für den Erfolg besonders ausschlaggebendes Mittel in der Bekämpfung von Verkehrsverengungen läßt.

Bei der Wahl der Mittel zur Bekämpfung von Verkehrsverengungen wird deren Art und Ursache einen entscheidenden Einfluß ausüben; ist letztere auf die Ausnahme des Verkehrs zurückzuführen, so wird das von Herrn Kraus empfohlene Mittel nur einen zeitlich beschränkten Erfolg bringen, eine gründliche und dauernde Besserung wird aber nur durch Erweiterung der Anlagen und Verbesserung der Betriebsmittel zu erzielen sein; denn auch die Leistungsfähigkeit einer mit allen Feinheiten unter möglicher Ausnutzung der vorhandenen Mittel betriebenen Anlage ist beschränkt und kann über ein gewisses Schicksal hinaus nicht gesteigert werden, weil für das Ausfüllen der einlaufenden und die Neubildung der auslaufenden Wagen gewisse Mindestzeiten erforderlich sind, die ohne die Betriebsfähigkeit zu gefährden, nicht unterschritten werden können. Handelt es sich um einen Manierbahnhof, der schon in Zeiten normalen Verkehrs an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist, so wird sich diese für Zeiten außerordentlichen Verkehrs nur durch eine der Verkehrsleistung entsprechende Erweiterung der Anlagen erhöhen lassen.

Möchte ich mir, auf Grund welcher Erfahrungen Herr Kraus zu seinem Urteil über die geringere Fähigkeit der Techniker für die Betriebsführung kommen konnte.

Nach muß es als leichtfertig bezeichnet, auf Grund oberflächlicher Beobachtungen über die Fähigkeit eines einzelnen Standes ein derartiges, m. E. völlig unbegründetes Urteil abzugeben. Nach Kraus, weshalb soll denn gerade der süddeutsche Betriebsmann allein die zur erforderlichen und erforderlichen Betriebsleistung erforderlichen Fähigkeiten besitzen und der Techniker nicht? An einem erfolgreichen Wagnis zum Betriebsmann ist vor allem auf dem Punkte der Notwendigkeit und die Fähigkeit zum selbständigen Handeln zu sehen, wie bei dem volkswirtschaftlich arbeitenden Betriebsmann vorhanden sein; sie werden, das achte Betriebsjahr, nicht bei allen Trainern im Eisenbahndienst, aber auch, das kann man wohl mit dem gleichen Recht behaupten, nicht bei allen Kollegen am Betriebsinspektors Kraus teilhaben sein, vor allem schon deshalb nicht, weil ein großer Prozentsatz seiner Kollegen nicht aus reiner Heilung Eisenbahner geworden ist.

Und hat der Techniker durch sein vierjähriges Studium in Technik und Volkswirtschaft nicht eine wesentliche achtereifere wissenschaftliche Ausbildung für den Eisenbahnbetrieb, der doch auf technischen Grundlagen aufgebaut ist, sich erworben als der süddeutsche Betriebsmann, von dem, soweit meistens Wagnis im Kraus kommt, noch nicht einmal ein Sachverständigen verlangt wird. Auswachen ist, daß der süddeutsche Betriebsmann im Kleinbetrieb eine unvollständigere und arbeitsmäßigere Ausbildung als der breukische Techniker genossen hat; daß aber die Vorbildung der süddeutschen Betriebsbeamten trotz dieser unvollständigen Fachausbildung für die im neuzeitlichen Eisenbahnbetrieb an die höheren Betriebsbeamten herantretenden Anforderungen von der Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen nicht als ausreichend angesehen wurde, geht aus dem Umstand hervor, daß sie schon jahrelang keine Anwärter für die Laufbahn des Herrn Kraus mehr aufnahm und an ihre Stelle Anwärter aus Kurien treten ließ.

Aber andererseits hindert die breukische Organisation ebenfalls nicht, auch dem Techniker eine gründlichere Ausbildung vorzuschreiben und ihn länger, als dies bis jetzt im Allgemeinen der Fall war, in den verschiedenen Zweigen des Betriebsdienstes in selbstständiger Tätigkeit zu verwenden, um ihm vorübertragene einer leitenden Stellung Gelegenheit zum Erwerb umfassender und gründlicher Erfahrungen und Kenntnisse zu geben.

Was Herr Kraus von dem auf Abstellung des Verkehrs hinauslaufenden Streben der Techniker behauptet, bedarf ebenfalls keiner weiteren Widerlegung; denn es dürfte in allgemeinere Bekanntheit sein, daß die Abstellung des Verkehrs in den letzten außerordentlichen Jahren von den betriebsleitenden Technikern, jedoch nicht aus den von Herrn Kraus unterstellten Gründen, sondern ausschließlich deshalb erforderlich wurde, weil infolge der gewaltigen Ausdehnung des Kriegsverkehrs in Rheinland, auf dem Westan und Ostkan, sowie der ungenutzten Betriebsmittel auslastung an unsere Bundesgenossen und infolge der Unmöglichkeit, eine der Seinerzeit der Zeitungen entsprechende Vermehrung der Betriebsmittel einzutreten zu lassen, ein Zusammenbruch der Eisenbahnen und damit notwendigerweise das Ende des Krieges bereits 1917 unabwendbar gewesen wäre.

Zurückzuführen werden muß die Behauptung, daß die im laufenden Jahre bei den breukischen Bahnen eingetretenen Störungen und die mit diesen zusammenhängenden Ausschreitungen des Eisenbahnerpublikums in verschiedenen Großstädten letzten Endes auf das „lanatäbliche Spiel der Techniker mit Verkehrsverengungsmaßnahmen“ zurückzuführen seien, da es nach diesen auch das unter Veronal nicht mehr für bedenklich gehalten habe, sich gelegentlich über die Notwendigkeit der ununterbrochenen Bedienung des Verkehrs hinunterzulassen; in Süddeutschland dagegen seien derartige Vorkommnisse nicht zu verzeichnen gewesen; also, schließlich Herr Kraus, und die Techniker schuld. Auch in dieser Sache kann der Kritiker der Vorwurf nicht erheben, daß er seine Behauptung auf leicht zu widerlegenden Grundlagen ohne gründliche Prüfung und Würdigung der einschlägigen Verhältnisse aufgebaut hat; denn es dürfte ja Herrn Kraus sicherlich bekannt sein, daß in Preußen die sozialen Gegensätze wesentlich schärfer als in Süddeutschland sind, eine Tatsache, die sich aus dem Volksscharakter und der wesentlich freibehaltlicheren Entwicklung Süddeutschlands in der Zeit vor dem Kriege

erklärt und daß es infolgedessen den radikaleren Elementen der Sozialdemokratie in verschiedenen Großstädten gelang, ausserhalb der gewöhnlichen Elementen Oberbau zu bekommen und die Massen mitzuführen. Bei den gleichen politischen Verhältnissen in Süddeutschland wären aller Voraussicht nach uns Streiks und Ausschreitungen trotz der volkswirtschaftlichen Vorbildung der Betriebsbeamten auch nicht entstanden. Meines Erachtens hat Herr Kraus für seine Behauptungen, mit denen er die Ungeeignetheit der Techniker für die Betriebsführung begründen sucht, nicht haltbare Gründe vorgebracht. Es ist mir unverständlich, wo er auf so brüchiger Grundlage den Mut hernehmen konnte, über die Fähigkeit der breukischen Techniker für die Betriebsleistung der Eisenbahnen einfach den Stab zu brechen, über die Fähigkeit eines ganzen Beamtenstandes, dem es in hohem Maße zu verdanken ist, daß die breukischen Eisenbahnen in der ganzen Welt den Ruf eines vorzüglichsten Leistungen unternehmens genossen, wie die Welt wenige kennt und dessen Tätigkeit im Weltverkehr die einia dabeistehenden Leistungen der breukischen Eisenbahnen zu einem beträchtlichen Teil mit zu verdanken sind. Schon die Rücksicht auf die Techniker als Eisenbahner hätte den Kritiker abhalten müssen, deren Ehre durch ein auf unhaltbarer Grundlage aufgebautes Urteil in der Tagespresse anzuführen.

Was nun die finanzielle Organisation des Betriebsdienstes bei den Reichseisenbahnen betrifft, so wird diese aller Voraussicht nach in der Zukunft auf der Organisation des breukischen Betriebsdienstes aufgebaut werden, deren Bekannte, in der Nachkriegszeit wiederholt erörterte Einzelmaßnahmen werden können.

Nun soll in nach den Forderungen des Reichsverkehrsministeriums Dr. Well die Organisation der Reichseisenbahnen unter weitestgehender Mitwirkung von Beamtenausstellungen festgelegt werden, und es wird darauf hingewiesen, daß die Organisation der Reichseisenbahnen nachdrücklich hervorgehoben, dabei auf das energetische dafür einzutreten, daß zu Anwärtern für den höheren Betriebsdienst nur die tüchtigsten und fähigsten Bewerber auszuwählen, diese gründlich und abgelesen in allen Zweigen des Eisenbahndienstes auszubilden und daß die sich bei der Ausbildung oder anschließenden praktischen Verwendung nicht als geeignet erweisenden Bewerber rücksichtslos entfernt werden, daß aber auch Vorzüge getroffen wird, daß in den neuen Verhältnissen nur solche Beamte in den betriebsleitenden Stellen belassen werden, deren bisherige erfolgreiche Tätigkeit im Betriebsdienst die Gewähr bietet, daß sie den an sie herantretenden Aufgaben in vollem Umfang gewachsen sind.

Die Organisation der Reichseisenbahnen auch ausgearbeitet werden mag, so löst sich doch jetzt schon soviel sicher im Voraus lösen, daß auch bei den Reichseisenbahnen die Leistung des Betriebsdienstes in den Händen der Techniker liegen wird, die auch unter den neuen Verhältnissen ihre vornehmste Aufgabe darin erblicken werden, durch möglichst gründliche und Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen Handel und Industrie am Meer der Allgemeinheit zu fördern und ihnen zu neuer Blüte zu verhelfen.

Die A. B. D. im Jahre 1920.

ar. Berlin, 3. Januar.

Die kommunistische Partei Deutschlands veranlaßte am Neujahrstage in Berlin-Moabit eine große öffentliche Versammlung, in der sie nach dem Schema anderer politischer Parteien die Bilanz des alten Jahres zog und das Programm des neuen Jahres entwarf. Über mehr als 1000 Teilnehmer (Bericht der Berliner Arbeiterzeitung) und auch die Diskussionsredner schneidend aus, daß die revolutionäre Epoche sich jetzt in einer Zeit des Niederganges befindet — in den Januar- und Märztagen 1919 blühte die Weizen — wurde doch für die nächste Zeit der härteste und größte Kampf zur „Beseitigung des Proletariats“ angesetzt. Das war wenig loslich. Aber die Herren müssen es ja wissen. Worauf rechnen sie? Auf den Zusammenbruch der Lebensmittelpreise im Frühjahr? Auf das Eintreffen russischer Truppen mit gefüllten Koffern? Es wurde in der öffentlichen Versammlung nur angedeutet, aber die Herren verstanden: Nicht nur die politischen Mittel des Generalstaates, sondern in erster Linie die ökonomischen Mittel müssen angewandt werden. Also eine Geldstrafe. Die neue Revolution muß lastvoll sein, die Soldaten einer roten Armee müssen angeworben werden, Gewalt muß, so heimlich wie die Heilmannschaften arbeiten zu können, das Rote nicht mehr? Am Vortage wurde in der Versammlung ammont. Ich sehe mich wieder die ersten Vertreter der neuen proletarischen Revolution. Sollte das Ruhrgebiet oder Oberdeutschland gemeint sein?

Die „Konkurrenz“, die es ansetzt, werden auf dem Vollen sein müssen. Wenn die kommunistischen Propheten auch erklären, der Kampf werde zuletzt doch auf der Straße ausgetragen, so kann man ihnen erwidern, daß die Sicherheitskräfte in Deutschland jetzt wieder, Gott sei Dank, einermachen angefangen sind. Die Führer der A. B. D. werden nicht einfach auf den Knopf drücken können, um einen Vorkriegs zu entfachen. Aber sie können leider viel anders tun, um ihre Macht zu erneuern. Sie beginnen jetzt mit der heimlichen Mordvorbereitung. Die Gewerkschaften sollen durch das Sozialsystem ausgetilgt werden. Mit Hochdruck will man jetzt daran arbeiten, die Arbeiterkräfte in den Betrieben zur revolutionären Waffe des Proletariats auszuhebeln. Dazu braucht man Freunde und Verbindungen. Seit dem Verzicht der Partei auf die Unabhängigkeit mehr man ja, wo die Freunde stehen. Das Zielmedel der radikalen Unabhängigen mit dem Vertreter der kommunistischen Partei Levi wurde zwar in Leipzig als belagert hinastell, weil die rechte Seite daran Anstoß nahm. Aber die Redner im kommunistischen Sowjetquartier wissen ganz genau, daß die Truppen der Unabhängigen heute nicht mehr von Cohn und Dr. Silberstein, auch nicht mehr von dem toten Haase abhängen werden, sondern daß Herr Silberstein fast unumschränkt herrscht. Und Herr Silberstein verliert in Leipzig das Aufkommen mit der dritten Internationale und die Diktatur des Proletariats, voraus sich die Weltmacht des parlamentarischen Systems und seine Erhebung durch die Autororganisation von selbst erziehe.

Kann sich die A. B. D. einen besseren Schrittmacher denken als diese ultraviolette Radikalität? Keinen Ansehnd wird sie sich scheuen, mit deren revolutionären Brüdern Geheimabkommen zu treffen und Verträge abzuschließen. Alles reicht sich die Hände an einem kommunistischen Feinde. Vor einiger Zeit fand bekanntlich die schicksalreiche Meierei bei einem Vertreter des Sozialbundes eine Instruktion, in der neben o. a. n. i. e. m. Wort und Tuschel auch als Programm aufgeführt war, daß sich die A. B. D. mit den Sozialisten-Anhängern in der Weise vereinigen solle, daß die die einzelnen Aktionsgruppen abein aneinander mischen. Genau wurden gemeinsame Gruppen in Deutschland und in der Tschechoslowakei vorsehen. Von dem Wort an Sibirien und unliebsamen Ver-

fäulichkeiten scheint man allerdings nach den verschiedenen Enthüllungen der Meierei insbesondere des breukischen Ministerpräsidenten Dittsch, wieder abgekommen zu sein. Es macht „höres Blut“ und führt nicht zum Ziele. Aber die Organisation der kommunistischen Gruppen und Zellen wird fortgesetzt und da man nicht im Dezember, wie geplant, loslassen konnte, verläßt man jetzt den Rest auf die nächste Gelegenheit des Jahres 1920, welche Gelegenheit die Herren von der A. B. D. meinen, das haben sie nicht abgesehen.

Folgen der Verhegung.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

Dresden, 3. Jan. Die von den Kommunisten und Unabhängigen aufgetragene Verlesung des Rubensberichts des Eisenbahn-Qua o. h. n. d. in den Tarif. In Form eines Ultimatum übermitteln sie dem sächsischen Arbeitsministerium heute folgende neue Forderungen: Einfließen der Gehaltszahl von 1000 M mit Aufschlag von 50 M für jedes Kind, Erhöhung der Anwaltsrente um 100 Prozent, abgleich diese erst kürzlich um 130 Prozent erhöht worden ist, und Abschaffung der Affordarbeit.

Im Kampf gegen den Bolschewismus.

Der Bolschewismus in Persien und Indien.

Paris, 3. Jan. Die Pariser Zeitungen veröffentlichen folgende Einzelheiten über die Unruhen in Persien: Eine Delegation aus Teheran an die „Times“ meldet, daß sich die Lage an der nördlichen Grenze Persiens rasch verschlimmert. Die Bolschewisten, die aus der Richtung von Wern kommen, rücken langsam der transkaspischen Bahn vor und machen erhebliche Fortschritte, um die Stellung von Krasnowodsk, dem Endpunkt der Bahnlinie am Kaspischen Meer, zu erreichen. Obgleich am 15. in London einetrotzener Nachrichten melden, daß die roten Truppen noch mehr als 120 Kilometer von dieser Stadt entfernt seien, meldet der Korrespondent der „Times“, daß sie viel näher seien, und daß sich die weißen Truppen zurückziehen. Der Grund für das Vordringen der roten Truppen, das Kaspische Meer zu erreichen, ist offensichtlich: Sie haben ein dringendes Bedürfnis nach Petroleum, und wenn sie das nicht in Krasnowodsk nicht betrieblieben können, werden sie das Meer überfahren und sich das Petroleum in Baku holen.

Während dieser Zeit entwickelt sich eine lebhaft antienalische Propaganda unter den mohammedanischen Staaten Zentralasiens. Eine bolschewistische Liga unter dem Namen „Liga zur Befreiung des Orients“ proklamiert, daß ihr Ziel die Befreiung der Kaspischen Meeresküste ist, die von England und Frankreich als Kolonie dienen, um das rote Sozialismus in Indien einzuführen. Am 20. Januar in Teheran glaubt man, daß die Bolschewisten den Besitz ihrer Armees dort bis zum Frühjahr auf 150 000 Mann erhöhen würden. Ein Bericht, das meldet, daß General Bakha für sich in Teheran einetrotzener sei, scheint nicht ohne Begründung zu sein. Gleichzeitige scheint der Südbahn der Bolschewisten, die in Sibirien vorrückten, keine Operationen im Gebiet des Kaspischen Meeres vorzunehmen. Aber sie dürften die Goldvorkommen des Kaspischen Meeres.

Eine Londoner Delegation aus Delhi an das asiatische Blatt meldet, daß sich die indische Meierei sehr rasch mit der bolschewistischen Propaganda. Ihrer Tätigkeit in Zentralasien und ihrer Tätigkeit in Persien in Indien einzuführen beschäftigt. Man ist immerhin der Ansicht, daß die Mahatma bolschewistische Truppen auf seinem Gebiete nicht dulden würde.

Japans Kampf gegen den Bolschewismus.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Genf, 3. Jan. Aus Tokio wird gemeldet: Der Kampf zwischen Japanern und Bolschewisten breitet sich in ganz Sibirien aus. Japanische Truppen haben besonders die bolschewistischen Streitkräfte an dem Becken angegriffen. Einer der Führer des Generalstabes hat sich mit japanischen Regiments der chinesischen Banden, die die transsibirischen Eisenbahnen bedrohen, zu betrogen. Der japanische Ministerpräsident erklärte, daß es die Aufgabe Japans sei, mit den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung zu treffen, gemeinsam gegen die Bolschewisten vorzugehen. Sollte diese Vereinbarung zustande kommen, so werde Japan mit seiner ganzen Kraft den Kampf beginnen.

Energisches Vorgehen gegen die Bolschewisten in Amerika.

Paris, 3. Jan. Dem „Betit Parisien“ wird aus New York gemeldet, daß im Verlaufe einer Nacht in Chicago 200 Bolschewisten und Anarchisten verhaftet wurden. Drei Transporte von Bolschewisten seien bereits nach Mexiko abgedeckt worden.

Die Konferenz in Helsingfors.

(Von unserem Korrespondenten.)

D. D. Helsingfors, 27. Dezember.

Am 4. Januar findet in Helsingfors eine Redeversammlung statt, an der die lettische Meierei, die Letten, Finnland und Estland teilnehmen. Gegenstand der Rede ist die gemeinsame Aktion aller Grenzstaaten gegen den Sozialismus. Es soll also endlich der soziale Schluß verhandelt werden, durch den die Entente und in erster Linie England den Bolschewismus endgültig niederzulegen soll. Englische Offiziere mit Generalmajor Crosser an der Spitze, organisieren die litauische Armee, nachdem alle deutschen Offiziere entfernt sind. Die Vereinigung der litauischen und lettischen Armeen zu einem Ganzen ist der erste Schritt zu einem strengen Zusammengehen aller im Kampf gegen den Bolschewismus verbliebenen Mittel. Litwinow ist erledigt, eine Verhandlung mit England und damit Europa ist außerstande.

England will also den Kampf noch einmal aufnehmen, damit im Osten endlich geordnete Verhältnisse hergestellt werden können. Mit einer Vereinbarung des Bolschewismus von arkenher durch militärische Mittel überbaut, wozu es bedarf es eines konzentrischen Vorgehens aller Randstaaten, das von einem gemeinsamen Plan leitet sein muß.

Wenn der russische Minister des Äußeren Batioloff erklärt hat, es sei im Verstand nicht, das militärische Bündnis zwischen Frankreich und England wirksam werden zu lassen, so geht daraus hervor, daß auch die neue bolschewistische Entente den sozialistischen Strömungen nicht daran denkt, ihren Krieg gegen Russland zu kündigen. Auffallend ist immerhin, daß die formelle Initiative zu der gemeinsamen Aktion nicht von dem nächsten Staat Polen sondern von Lettland ausgeht. Batioloff erklärt sich dies durch die seitliche englisch-bolschewistische Vermittlung einerseits und andererseits durch die Tatsache, daß England den Schwerpunkt seiner Ostpolitik nach Asien verlagert hat. Jedenfalls liegen gewisse Anzeichen dafür vor, daß Polen seine De-







